

## Niederschrift

**über die 2. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
und des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt  
am Dienstag, dem 28. Juni 2016, um 19.30 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben**

---

HFA Ausschussmitglieder: Arnold, Jürgen  
Hansmann, Dirk  
Hoth, Wolfgang  
Leun, Manfred  
Steinberg, Tim-Ole (für Lodde, Franziska)  
Reinwald, Peter  
Seim, Dirk  
Wedemann, Fabian  
Wolter, Michael

BPU Ausschussmitglieder: Heine, Volker  
Dr. Lenz, Ulrich  
Lenz, Karin (für Lodde, Hendrik)  
Löser, Friedel  
Lang, Gudrun (für Markgraf, Antje)  
Nöh, Burkhard  
Reinwald, Peter  
Rippl, Frank  
Weitze, Alisha (entschuldigt)

Stadtverordnetenvorsteher: --

stellv. Stadtverordnetenvorsteher: Bausch, Hans  
Hille, Frank  
Dr. Schütz, Christof

Magistrat: Bürgermeister König, Jörg  
Erster Stadtrat Arnold, Norbert  
Stadtrat Altenheimer, Thomas  
Stadträtin Braun, Petra  
Stadtrat Gath, Wolfgang  
Stadtrat Deeg, Sven  
Stadtrat Krapf, Reinhold  
Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert (entschuldigt)  
Standtrat Trinklein, Gerhard

Frauenbeauftragte: Kirsch, Jitka

Jugendvertretung: --

Verwaltung: Retzer, Patrick  
Volk, Philipp

Gäste: Riehm, Heiko – HLG

Presse: Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine)  
Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)

Zuhörer: 2

Protokoll: Wolf, Renate

### **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Festsetzung des Verkaufspreises für die Baugrundstücke im Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“;  
1. Bauabschnitt  
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 9/16/21 –
3. Änderung der Hauptsatzung  
hier: Änderung der Ermächtigung des Magistrats gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 der Hauptsatzung  
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 10/16/21 –
4. Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“  
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 –
5. Ökologisches Linden;  
hier: Prüfung des Konzeptes eines interkommunalen Windparks  
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 003/16/21 –
6. Verkehrskonzept Linden;  
hier: Erstellung eines Verkehrskonzeptes  
- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 005/16/21 –
7. Antrag gemäß § 50 Abs. 2 Satz 4 letzte Alternative Hessische Gemeindeordnung (HGO)  
hier: Übersendung von Ergebnisniederschriften des Magistrats an das vorsitzende Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und an die Vorsitzenden der in der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Fraktionen  
- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 –
8. Einführung eines Ratsinformationssystems  
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 008/16/21 –
9. Bildung einer Kommission „Linden 2036“  
hier: Entwicklung zukunftsorientierter Vorschläge für die Stadtentwicklung  
- Antrag CDU und SPD - Fraktionsantrag Nr. 010/16/21 –
10. Öffentliches WLAN  
hier: Prüfung der Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung und das Betreiben von öffentlichen WLAN Hotspots in der Stadt Linden  
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 011/16/21 –
11. Verschiedenes

## Zu TOP 1

### **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Stellv. HFA-Ausschussvorsitzender Wedemann eröffnet die gemeinsame Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Ausschüsse beschlussfähig sind.

## Zu TOP 2

### **Festsetzung des Verkaufspreises für die Baugrundstücke im Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“;**

#### **1. Bauabschnitt**

#### **- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 9/16/21 –**

Bgm. König teilt mit, dass man sich nun über den Verkaufspreis für das Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ unterhalten könne. Insgesamt stehen 69 Grundstücke zum Verkauf, von denen 10 für diejenigen vorgehalten werden müssen, die ein Vorkaufsrecht haben, da sie damals ihre Grundstücke an die Stadt verkauft haben. Derzeit liegen über 300 Bewerbungen für ein städtisches Grundstück vor.

Laut Bgm. König hat der Magistrat einen Verkaufspreis von 250,00 €/m<sup>2</sup> vorgeschlagen; letztendlich bestimme aber die Stadtverordnetenversammlung den Preis. Es sollen noch zwei weitere Bauabschnitte folgen; man hofft die dafür erforderlichen Grundstücke entsprechend ankaufen zu können. Dort sei dann die Zinslast nicht mehr so hoch und man habe genügend Zeit, ein entsprechendes Entwicklungskonzept zu entwickeln.

Bgm. König begrüßt Herrn Riehm von der Hess. Landgesellschaft, der die Kalkulation des Verkaufspreises vorstellen soll.

Herr Riehm teilt mit, dass die Fa. Reuscher (Rennerod) die Erschließung des Baugebietes durchführt und die Stadtwerke Gießen für die Nahwärmeversorgung zuständig sei.

Die Fertigstellung der Erschließung ist für März/April 2017 geplant, so dass danach die private Bautätigkeit beginnen kann.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Riehm die Kalkulation, die letztendlich dazu geführt hat, dass die HLG einen Verkaufspreis von 235,00 €/m<sup>2</sup> vorgeschlagen hat. Darin ist u.a. bei der Größe dieses Baugebietes ein „Puffer für kostenintensive Unwägbarkeiten“ enthalten, mit denen erfahrungsgemäß zu rechnen ist.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte wissen, warum von der Gesamtfläche 16.000 m<sup>2</sup> nicht als Wohnbaufläche verkauft werden können?

Laut Herrn Riehm betrifft dies die Verkehrsflächen und Grundstücksteile im Norden, die durch den Bau der Straße angeschnitten wurden.

Stellv. HFA-Ausschussvorsitzender Wedemann dankt Herr Riehm für die ausführliche Präsentation.

Stadtverordneter Leun fragt nach den Zwischenfinanzierungskosten und betont, dass dies durch eine Finanzierung bei den Banken hätte billiger werden können. Außerdem bemängelt er, dass man diese Präsentation vor der Sitzung zur Einsicht hätte haben müssen.

Des Weiteren möchte er wissen, ob die Stadt Linden die Erschließungskosten vorher ablösen könnte.

Herr Riehm beantwortet alle Fragen zufriedenstellend. Eine Ablöse würde nur Sinn machen, wenn die Stadt die Erschließung billiger durchführen könnte.

Bgm. König sagt zu, dass die Unterlagen verteilt werden.

Auch Stadtverordneter Dr. Schütz hätte diese Unterlagen lieber im Vorfeld gesehen. Er stellt eine Frage zu den Zinsen.

Diese wird von Herrn Riehm zufriedenstellend beantwortet.

Letztendlich erklärt Stadtverordneter Dr. Schütz, dass man damals den HH in Bezug auf dieses Baugebiet „schön gerechnet“ habe.

Stadtverordneter Heine richtet an Bgm. König die Frage, warum bei Erschließungskosten in Höhe von 98,00 €/m<sup>2</sup> ein weiterer „Puffer“ hinzukommt und der Verkaufspreis dann bei 250,00 € liegen soll.

Laut Bgm. König habe die Erfahrung bei derartig großen Baugebieten gezeigt, dass die Kosten meistens steigen. Bereits im Vorfeld hat man z.B. den B-Plan noch einmal zurücknehmen müssen, da man die Schafbach-Renaturierung einplanen musste.

Die Vergaberichtlinien wurden und werden noch überarbeitet (10 Jahre alt). Man ist sich darüber einig, dass man junge Familien unterstützen und ansiedeln wolle, allerdings sind damit dann auch Kosten für die Zukunft vorprogrammiert (Neubau Kindergarten).

Stadtverordneter Heine fragt nach, ob bis zur Stadtverordnetenversammlung die Vergaberichtlinien einzusehen wären.

Bgm. König sagt auch dieses zu; allerdings sei noch eine Frage mit dem HSGB abzuklären.

Stadtverordneter Bausch erklärt, dass Bgm König immer wieder von einem 2. Und 3. BA spricht, obwohl diesbezüglich von der Stadtverordnetenversammlung noch gar keine Beschlüsse gefasst wurden. Hier sollte man mit den Aussagen wohl etwas vorsichtiger umgehen.

Laut Bgm. König sei es nur logisch, wenn man vom 1. BA spreche, dass dann noch weitere folgen. Geplant sei, dass das Baugebiet bis zur Bahn hochgeführt werden soll und dies würde dann natürlich die entspr. Beschlussvorlage erfordern.

Stadtverordneter Leun möchte wissen, ob es zutrefte, dass die HLG bereits in diesen noch geplanten Bauabschnitten Grundstücke angekauft habe.

Bgm König verneint dies.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach den Grundstücksgrößen. Diese „Zusatzeinnahmen“ bei einem Verkaufspreis von 250,00 €/m<sup>2</sup> anstatt 235€/m<sup>2</sup> seien zwar für die Stadt Linden gut, aber er ist sich sicher, dass dies bei den Bürgern, und hier insbesondere bei den jungen Familien, nicht sehr gut ankommt. Dies zu vermitteln sei politisch schon sehr schwierig und sicher auch in der Kommunikation mit den Bürgern.

Bgm. König rechtfertigt diesen Preis u.a. mit den „Folgekosten – Kindergartenneubau“.

Stadtverordneter Arnold teilt mit, dass sein Sohn ein Grundstück in Linden für 300,00 €/m<sup>2</sup> hätte kaufen könne.

Laut Stadtverordnetem Dr. Schütz sei dies sicher ein Privatgrundstück gewesen und dies könne man nicht mit der Stadt vergleichen. Am Mühlberg werden die Grundstücke mit über 300,00 €/m<sup>2</sup> gehandelt.

Stadtverordneter Steinberg rechtfertigt den Preis damit, dass die Stadt Linden ein überaus attraktiver Standort sei und man müsse sich ja nicht billiger verkaufen als unbedingt notwendig. Man müsse auch ein Stück weit betriebswirtschaftlich denken.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 9/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

HFA: 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

BPU: 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

### **Zu TOP 3**

#### **Änderung der Hauptsatzung**

**hier: Änderung der Ermächtigung des Magistrats gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 der Hauptsatzung**

**- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 10/16/21 –**

Bgm. König teilt mit, dass aufgrund des Verkaufspreises diverse Grundstücke aufgrund ihrer Größe nicht mehr durch den Magistrat verkauft werden könnten und bittet daher um entsprechende Erhöhung.

Für Stadtverordneten Leun ist es nicht ersichtlich, dass aufgrund dessen die Hauptsatzung geändert werden soll. Der Verkauf dieser 16 genannten Grundstücke könnten auf den HFA übertragen werden.

Bgm. König erklärt, dass man die 150.000,00 € aufgrund des Verkaufspreises von 175,00 €/m<sup>2</sup> eingesetzt habe und dies bereits vor 10 Jahren.

Stadtverordneter Reinwald kann diese Erhöhung sehr gut nachvollziehen und ist der Meinung, dass alleine aus Gründen des Datenschutzes eine Übertragung an den HFA nicht möglich ist.

Dem schließt sich Stadtverordneter Hille an; außerdem sei ein unterschiedliches Verfahren nicht angebracht.

Diese Meinung teilt auch Stadtverordnete Lang.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 10/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

HFA: 9 Ja-Stimmen

BPU: 8 Ja-Stimmen

### **Zu TOP 4**

**Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“**

**- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 –**

Herr Reinwald bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Stadtverordneter Hansmann erklärt, dass man dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber stehe, allerdings hat er einige redaktionelle Änderungswünsche. Wie soll z.B. dann geklärt werden, ob die Person überhaupt für einen Verein vertretungsberechtigt ist?

Auch Stadtverordneter Hille findet eine Beteiligung der Bürger grundsätzlich immer gut. Man sollte sich jedoch im Vorfeld an Gemeinden orientieren, die dies bereits praktizieren. Er sei auch durch die Ausführungen des Stadtverordneten Reinwald etwas verunsichert. Er selber fände es enttäuschend, wenn er als Bürger eine Frage stellen würde, aber keinen Anspruch auf eine Antwort habe bzw. keine erhalte.

Auch er würde den Antrag konkretisieren:

- den Personenkreis, den es betrifft
- Abs. 1 müsste lauten - ..." Wohnsitz in Linden und eingetragene Lindener Vereine"
- Initiativen; nicht nachvollziehbar
- Abs. 2: Fragen können gestellt werden an: hier fehlt der Bürgermeister, der nicht Teil der Stadtverordnetenversammlung ist. Er ist jederzeit erreichbar, während die Stadtverordnetenversammlung nur wenige Male im Jahr tagt. Der Magistrat gehört nicht rein.
- Abs. 3: es ist wichtig, dass die Fragen vorher eingereicht werden, um die Zulässigkeit zu prüfen und denen, die Antworten sollen, die Möglichkeit der Vorbereitung zu geben.
- Dann muss man sich überlegen, was geschehen soll, wenn nur eine Fraktion gefragt wird. Hier müssten auch die anderen Fraktionen die Möglichkeit zu einer Antwort haben.
- Abs. 4 sei insgesamt zu überarbeiten

Stadtverordneter Dr. Schütz ist sehr erfreut darüber, dass doch so große Zustimmung zu diesem Antrag herrscht, da jegliche Bürgerbeteiligung zu begrüßen ist. Auch er stimmt Stadtverordneten Hille zu, dass keine Antwort auf eine Frage einfach nur „blöd“ sei.

Zur Initiative erklärt er, dass auch ein einzelner Bürger partikular Interessen vertrete.

Stadtverordneter Reinwald ist erfreut über die große Mehrheit. Er sieht kein Problem darin, dass kurzfristig die Fraktionen oder deren Vorsitzende diese Elemente kurz diskutieren, entspr. ändern und dann in den Antrag einfließen lassen.

Stadtverordneter Leun empfiehlt die Verweisung in den Ausschuss, um dies dort zu diskutieren. Auch er ist der Auffassung, dass es in einzelnen Punkten so nicht bleiben kann.

Hierzu gebe es bereits Rechtsprechung aus 2002 des VG Gießen.

Stadtverordneter Dr. Lenz erklärt, man solle es im Geschäftsgang lassen und damit sollte die Diskussion vorerst erledigt sein.

### **Zu TOP 5**

#### **Ökologisches Linden;**

**hier: Prüfung des Konzeptes eines interkommunalen Windparks**

**- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 003/16/21 –**

Stadtverordneter Dr. Schütz trägt den Antrag vor und begründet ihn kurz. Bereits gestern im Ältestenrat habe man darüber diskutiert und beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen, da z.B. ein Referent nach Sommerpause zur Verfügung stünde, um die kalkulatorischen Kosten eines solchen Projektes näher zu erläutern. Nach diesem Vortrag könne man dann besser entscheiden, ob dies für Linden noch in Frage käme.

Auch dieser Antrag bleibt im Geschäftsgang.

### **Zu TOP 6**

#### **Verkehrskonzept Linden;**

**hier: Erstellung eines Verkehrskonzeptes**

**- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 005/16/21 –**

Stadtverordneter Heine trägt diesen Antrag vor und begründet ihn.

Stadtverordneter Hille erklärt, dass er sich die Protokolle aus der letzten Legislaturperiode angesehen habe. Hier sei von enormen Kosten die Rede und dass Herr Prof. Fischer-Schlemm erklärt habe, dass ein derartiges Konzept für Linden nicht sinnvoll sei. Dieser Antrag sei zur Abstimmung gelangt und

abgelehnt worden. Es ist ihm noch nicht nachvollziehbar, woher neue Informationen stammen, die eine erneute Beratung rechtfertigen.

Stadtverordneter Reinwald hält ein derartiges Konzept für durchaus positiv, allerdings geht er davon aus, dass ein entspr. zu beauftragendes Ingenieurbüro Rahmendaten von der Stadt benötigt, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu gelangen. Hier sollte ein unabhängiger Planer damit beauftragt werden, der komplett unvoreingenommen an die Sache herangehe.

Stadtverordneter Dr. Schütz bedauert, dass er an dieser entsprechenden Sitzung nicht teilnehmen können. Auch er habe sich das Protokoll durchgelesen. Die Aussage, dass man noch nie ein Konzept benötigt habe und trotzdem immer alles gemacht habe was erforderlich sei, könne er nicht mittragen. Um entscheiden zu können, benötige man Daten und Grundlagen. Diese Daten müssen von jemandem geschaffen werden der sagt, was er dafür benötigt. Dies sei auch im Hinblick auf die nächsten Punkte zu überlegen.

Stadtverordnete Lang erklärt für ihre Fraktion, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde, da u.a. auch kein Deckungsvorschlag unterbreitet wurde. Dieser Punkt sollte in Zusammenhang mit TOP 9 betrachtet werden.

Diese Aussage kann Stadtverordnete Dr. Schütz nicht nachvollziehen. Er habe nicht von der Kommission gesprochen. Er habe bereits gestern darauf gewartet, dass gesagt wurde, dies könne man nicht entscheiden, dazu müsse eine Kommission gehört werden.

Stadtverordneter Hille bemängelt, dass man versuche als Neuling sich sachkundig zu machen und dann gesagt bekomme, dass der Inhalt der Protokolle nicht unbedingt zutreffend sei, bleibe aber die Antworten schuldig.

Jeder Entscheidung gehe eine Zielformulierung voraus, dies sei politisch und sollte von den Bürgern der Stadt, deren Vertreter die Stadtverordneten seien, vorgegeben werden. Dies dürfe nicht allein im Raum stehen, sondern müsse in ein Gesamtkonzept eingebunden sein.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass er zum Ausdruck habe bringen wollen, dass man keine Vergleichsmöglichkeiten habe, wenn man mit Zahlen argumentiere, die jemand vorgegeben hat, der dazu eigentlich nicht berechtigt war.

Stadtverordneter Reinwald betont, dass er auf diese Aussage gewartet habe. Die Politiker sollen die Zielvorgabe machen. Welches Ziel sollte ein Verkehrskonzept haben? Es müsse für die Bürger erträglich sein bzw. alles gut funktionieren. Mit der Zielvorstellung des Ingenieurs habe auch er seine Probleme.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 02-16-21 ergibt folgendes Ergebnis:

HFA: 3 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen

BPU: 3 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen

### **Zu TOP 7**

**Antrag gemäß § 50 Abs. 2 Satz 4 letzte Alternative Hessische Gemeindeordnung (HGO)**

**hier: Übersendung von Ergebnisniederschriften des Magistrats an das vorsitzende Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und an die Vorsitzenden der in der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Fraktionen**

**- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 –**

Stadtverordneter Leun verweist zur Begründung des Antrages auf die darin getätigten Ausführungen. Er möchte wissen, wie der Magistrat darüber denke.

Stadtverordneter Hille findet die Begründung sehr rechtslastig und es sei ihm nicht gelungen, die entsprechenden Kommentare im Internet zu finden. Eine rechtliche Beurteilung könne die Stadtverordnetenversammlung nicht vornehmen. Er sei noch etwas unsicher, was man mit diesen Protokollen machen sollte. Er kennt es von Gemeinden, bei denen nicht alle Fraktionen im Magistrat vertreten seien. Bei der Stadt Linden sei dies aber nicht der Fall. Er habe auch noch nicht ganz den Sinn und Zweck des Antrages verstanden. Er wisse nicht, wie die Magistratsprotokolle aussehen und ein reines Ergebnisprotokoll sei in der Aussage sehr begrenzt und daher betrachte er das Ganze eher kritisch.

Stadtverordneter Reinwald schließt sich in Teilen den Ausführungen seines Vorredners an. Die Verwaltung müsse aus Datenschutzgründen ein neues separates Protokoll anfertigen. In seiner Fraktion sei durch den Vertreter im Magistrat eine ausreichende Information sichergestellt. Dies würde zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung bedeuten und bisher habe man auf alle Anfragen, auch telefonische, immer ausreichend Antwort erhalten.

Bgm. König dankt Stadtverordnetem Reinwald für diese Ausführungen.

Auch Stadtverordnete Lang frage sich überrascht, ob die FW damit den Magistrat kontrollieren wollen. Jede Fraktion sei im Magistrat vertreten und Sie könne sich über die Info nicht beklagen. Auch sie sehe darin nur mehr Arbeitsaufwand für die Verwaltung.

Bgm. König bekräftigt die zuvor getätigten Aussagen hinsichtlich Mehraufwand und wenig Aussagekraft eines Ergebnisprotokolls. Die Magistratsprotokolle seien sehr ausführlich und alle wichtigen Entscheidungen müssen sowieso von der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden.

Die Abstimmung des HFA über den Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 ergibt 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen.

### **Zu TOP 8**

#### **Einführung eines Ratsinformationssystems**

#### **- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 008/16/21 -**

Stadtverordneter Hille stellt den Antrag vor und begründet ihn. Dies sei ein Prüfauftrag an die Verwaltung. Dadurch hätten alle Parlamentarier ein virtuelles Büro im Rathaus, da über W-LAN alles vorhanden sei. Er kenne dies von der Stadt Allendorf, es gebe jedoch noch mehr Anbieter. Daher solle die Verwaltung entsprechen aussuchen und evtl. einige Produkte der Stadtverordnetenversammlung vorstellen.

Stadtverordnete Lang betont, dass dies eine gute Sache sei. Damit spare man Ressourcen und eine moderne Stadt wie Linden solle auch die moderne Kommunikation nutzen.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte von Stadtverordnetem Hille wissen, wie diejenigen bedient wurden, die diese Art der Kommunikation ablehnten.

Auch er nutze die moderne Kommunikationsmöglichkeiten, aber das ein oder andere drucke er trotzdem noch aus, da dies besser zu lesen sei.

Hierzu teilt Stadtverordneter Hille mit, dass er hierzu nichts sagen könne, da dort alle Parlamentarier dies nutzten. Sicher sei dort aber auch noch der ein oder andere dabei, der den Drucker benutze.

Stadtverordneter Reinwald zeigt zu diesem Antrag Zustimmung.

Stadtverordneter Heine fragt Stadtverordneten Hille nach den Kosten für die Stadt; von einem Deckungsvorschlag frage er erst gar nicht.

Dies sei genau Sinn eines Prüfantrages, so Stadtverordneter Hille; der Magistrat müsse eine Preisermittlung vornehmen und die Stadtverordnetenversammlung könne dann entscheiden.

Laut Stadtverordnetem Leun könne man keinen zur Nutzung zwingen; dann müsse die Stadt eine andere Lösung finden.

Die Abstimmung des HFA über den Fraktionsantrag Nr. 006/16/21 ergibt 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

### **Zu TOP 9**

#### **Bildung einer Kommission „Linden 2036“**

**hier: Entwicklung zukunftsorientierter Vorschläge für die Stadtentwicklung**

**- Antrag CDU und SPD - Fraktionsantrag Nr. 010/16/21 –**

Stadtverordneter Steinberg trägt den Antrag vor und erläutert ihn kurz.

Stadtverordneter Leun erklärt, dass dieser Antrag gegen die HGO verstoße. Hierzu müsse der Bürgermeister Stellung beziehen, da in die Rechte des Magistrat eingegriffen werden sollen (Einrichtung einer Kommission sei Sache des Magistrats).

Stadtverordneter Dr. Schütz teilt mit, dass er keine Zustimmung erteile und begründet dies.

Auch Stadtverordnete Reinwald hat seine Bedenken mit diesem Antrag. Hier sollen 7 Themenbereiche an eine Kommission verwiesen werden. Aufgrund der Zusammensetzung (zu viele Teilnehmer) sehe er Probleme bei den Diskussionen und Zielvorgaben, wohin die Stadt gehen soll. Für ihn sehe es so aus, als solle eine verkleinerte Stadtverordnetenversammlung „installiert“ werden. Man sollte überlegen, die Anzahl der Mitglieder zu verringern, wenn man nur an den Inhalten interessiert sei.

Stadtverordneter Heine fragt nach einem Budget für diese Kommission und betont auch, z.B. die Anzahl der sachkundigen Bürger zu reduzieren.

Stadtverordnete Lang ist der Auffassung, dass der Magistrat die sachkundigen Bürger benennen und entsprechend „bezahlen“ könne, da dieser auch die Kommission bilde.

Stadtverordneter Leun gibt zu bedenken, dass man jetzt etwas vorgeben wolle, wozu man gar nicht berechtigt sei und keinen Rechtsanspruch habe.

Stadtverordneter Hille verwehrt sich gegen die erneute Diskussion über eine rechtliche Bewertung. Die Aufgaben dieser Kommission seien von enormer Wichtigkeit und sollten daher ausschussübergreifend behandelt werden. Es müsse ein Gesamtbild entwickelt werden. Es ginge jetzt um eine grundsätzliche Entscheidung und Kosten müssten erst im nächsten HH dargestellt werden.

Stadtverordneter Leun kann nicht nachvollziehen, dass anscheinend keiner verstanden hat, dass hier nur der Magistrat entscheiden könne.

Stadtverordneter Dr. Lenz erklärt hierzu, dass eine Kommission richtigerweise ein Hilfsorgan des Magistrats sei. Dies sei ein Denkanstoß und der Magistrat könne selbstverständlich noch andere Dinge einbringen. Wichtig sei, dass erst einmal etwas in Bewegung gesetzt werde.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 10/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

HFA: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

BPU: 5 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

### **Zu TOP 10**

#### **Öffentliches WLAN**

**hier: Prüfung der Voraussetzungen und Kosten für die Einrichtung und das Betreiben von öffentlichen WLAN Hotspots in der Stadt Linden**

**- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 011/16/21 –**

Stadtverordneter Steinberg trägt den Antrag vor und begründet ihn. Es sei u.a. zu prüfen, ob dies mit Werbung finanziert werden könne.

Stadtverordneter Dr. Schütz hält dies für eine sehr gute Idee, weist allerdings auf eine inhaltliche Korrektur hin: nicht die Bundesregierung habe die Gesetzesänderung beschlossen, sondern das Parlament.

Stadtverordneter Löser fragt nach, was unter einer Kostendeckung durch Werbung zu verstehen ist.

Diese Frage wird von Stadtverordnetem Steinberg zufriedenstellend beantwortet.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 11/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

HFA: 9 Ja-Stimmen

BPU: 8 Ja-Stimmen

### **Zu TOP 11**

#### **Verschiedenes**

##### **Verkehrsversuch Forst**

Stadtverordnete Lang möchte wissen, wie lange noch der Verkehrsversuch im Forst durchgeführt werden soll.

Laut Bgm. König sei man noch mitten drin; es werde derzeit ein Stimmungsbild gesammelt. Man solle auch nicht alles glauben, was hierzu in der Presse veröffentlicht werde.

##### **Parkplatzmarkierung in der Beethovenstraße**

Laut Stadtverordnetem Wolter wurden die Parkmarkierungen in der Beethovenstraße schwarz übermalt. Er möchte wissen, ob dies auch zu einem Verkehrsversuch gehöre oder nur ein Versehen sei.

Bgm. König wird dies überprüfen lassen.

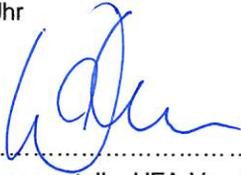
##### **Kindertagesstätte Regenbogenland**

Infos/Unterlagen für die Stadtverordneten

Stadtverordneter Reinwald erklärt, dass er diverse Protokolle oder Vorlagen mehrfach erhalten habe (per Mail, per Fax und durch den Boten). Er möchte nicht der Frage nach einem Ratsinformationssystem vorgreifen, man könne aber mit einer entsprechenden Liste feststellen lassen, wer welche Zustellungsform wünsche.

Bgm. König dankt für diesen Hinweis. Auch sein Vorgänger habe schon mehrfach – aber vergeblich – versucht, eine für alle praktikable Lösung zu finden.

Ende: 21.40 Uhr



.....  
Fabian Wedemann, stellv. HFA-Vorsitzender



.....  
Burckart Nöh, BPU-Vorsitzender



.....  
Renate Wolf, Protokollführerin